

Die Verschärfung

Migrationspolitik Familiennachzug einschränken, weniger Asylgesuche bewilligen: Unter Führung ihres Präsidenten Thierry Burkart übernehmen die Liberalen Positionen der SVP. Damit könnten die Forderungen der Rechtspartei mehrheitsfähig werden.

Larissa Rhyn und Philipp Loser

Reden wir in der Schweiz über Migration, reden wir über Bahnhöfe. Als das Land zu Beginn der 1970er-Jahre über die Schwarzenbach-Initiative stritt, warnte die Zeitung «Tat» vor den «Ritern vom öligen Scheitel». Diese würden sich mit Vorliebe auf Bahnhöfen treffen, «um hinter Schweizer Frauen herzufeuern und sie en passant mit mediterran sensibler Hand in den Po zu kneifen».

Mit der Schwarzenbach-Initiative begann die Ausländerdebatte in der Schweiz. Seither hat sie nie mehr aufgehört. Und die Bahnhöfe tauchten dabei immer wieder auf. Er fühle sich fremd im eigenen Land, hat SVP-Nationalrat Andreas Glarner einmal über den Bahnhof Stettbach geschrieben. Und Christoph Blocher warnte während der Flüchtlingskrise 2015 davor, dass man in der Schweiz bald Zustände wie am Bahnhof in Mailand habe.

Erst kürzlich hat ein Schweizer Politiker wieder vor den Bahnhöfen gewarnt. Die lasche Schweizer Asylpolitik sei auch ein Sicherheitsproblem, sagte FDP-Präsident Thierry Burkart diese Woche der NZZ. «Ich höre immer wieder von Frauen, dass sie sich abends in den Zügen und an den Bahnhöfen nicht mehr sicher fühlen.»

Burkart will die Schraube anziehen

Der FDP-Präsident warnte im Interview vor ausländischem Terror, ganz konkret in der Schweiz. «Je mehr illegale Migranten sich in der Schweiz aufhalten, umso grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass Einzeltäter oder kleine Gruppen zur Tat schreiten.»

Man müsse nun bei der «schieren Masse» junger Männer aus muslimischen Ländern, die ohne Asylgrund in die Schweiz einreisen, viel härter durchgreifen. Man müsse den Flüchtlingsbegriff anpassen, den Familiennachzug beschränken und vorläufig aufgenommenen Asylsuchenden, deren Gesuch abgelehnt worden ist, den Zugang zum Gesundheits- und Sozialsystem «deutlich einschränken». Mit anderen Worten: Burkart will die Schraube anziehen. Dies passiert vor dem Hintergrund, dass Rechtsparteien in Europa allerorten Wahlanteile gewinnen: Das Rassemblement National in Frankreich. Die Fratelli d'Italia in Italien. Die AfD in Deutschland.

Der erste Test für den neuen Kurs der FDP

Der neue Kurs der FDP wird bald zum ersten Mal auf die Probe gestellt. Ab Montag tagt das Parlament in Bern. Auf dem Programm in der dritten Woche: eine ausserordentliche Debatte zum Thema Asyl, einberufen von der SVP, wie zuletzt in fast jeder Session. SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi hat das Interview mit Burkart ebenfalls gelesen – und äusserte Zweifel. «Ich traue Thierry Burkart nicht», sagte Aeschi dem «Blick» und postete die Traktanden der Debatte auf Twitter. Da mache die FDP sicher nicht mit, zwei Drittel der Fraktion würden die Vorstösse der

SVP wie immer ablehnen, spottete Aeschi. Worauf sich Burkart entschieden wehrte: Seine Fraktion unterstütze die Vorschläge der SVP, sie habe das so in ihrer letzten Sitzung beschlossen.

Was genau will die FDP unterstützen? Unter anderem fordert die SVP, dass Flüchtlinge, die durch ein sicheres Transitland in die Schweiz gelangen, nicht mehr als Flüchtlinge gelten sollen. Was – weil die Schweiz von sicheren Transitstaaten umgeben ist – laut dem Staatssekretariat für Migration die «überwiegende Mehrheit» aller Asylbewerber betreffen würde. Ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht und die Flüchtlingskonvention, schreibt der Bundesrat in seiner Stellungnahme. Weiter verlangt die SVP, den Familiennachzug bei vorläufig Aufgenommenen zu verbieten. Ein Verstoß gegen den Anspruch auf Achtung des Familienlebens und damit gegen ein Grundrecht, schreibt der Bundesrat. Und die SVP will an den Grenzen Transitzonen einrichten, in denen sich alle Asylsuchenden aufhalten müssen. Das sei wie eine Internierung – und dieser unverhältnismässige Eingriff in die persönliche Freiheit verstosse gegen die Verfassung, schreibt der Bundesrat.

Die FDP, Partei von 1848, Partei der Staatsgründer, stellt sich gegen das Völkerrecht, die Verfassung und gegen ein Grundrecht? Burkart sagt dazu: «Das sind Richtungsentscheide.» Bei einem Ja zu den Vorstössen sei es am Bundesrat, konkrete Gesetzesänderungen vorzuschlagen. Und bei der Interpretation der Flüchtlingskonvention gebe es durchaus Spielraum. Das zeigten Länder wie Schweden oder Dänemark, die den Familiennachzug eingeschränkt hätten. «Aktuell haben wir den Eindruck, dass der Bundesrat die völkerrechtlichen Bestimmungen zu exzessiv auslegt.»

Kritik an Asylminister Beat Jans

Ständerätin Petra Gössi hat kürzlich selber einen Vorstoß im Asylwesen eingereicht – sie forderte, dass Eritreer, die nicht in ihr Heimatland zurückgeführt werden können, die Schweiz in Richtung eines Drittlandes (zum Beispiel Ruanda) verlassen sollen.

An der Fraktionssitzung, bei der die Unterstützung der SVP-Vorstösse beschlossen wurde, war sie nicht dabei. Zur geführten Diskussion kann sie sich deshalb nicht äussern. «Ich finde es aber wichtig, dass gegenüber denjenigen Personen, die unser System missbrauchen, auch eine harte Linie gefahren wird. Zudem sind wir eine Volkspartei und brauchen zu allen Themen, die den Leuten unter dem Nagel brennen, Lösungen. Liberale Lösungen.»

Hart, aber fair. Dieses Motto setzt sich die FDP in der Asylpolitik. Auch Ständerat Damian Müller ist zuletzt mit Vorstössen im Asylbereich aufgefallen. Er sagt: «Die Bekämpfung des Missbrauchs hat oberste Priorität, wobei die Grundrechte zu beachten sind.» Seine Partei wolle Lösungen finden, um zu verhindern, «dass gewisse Menschen unsere Grundrechte – an denen die FDP festhält – missbrauchen».

Müller argumentiert, die Bevölkerung in der Schweiz dulde «immer weniger Missbräuche». Bei den letzten nationalen Wahlen war die Migration eines der wichtigsten Themen für den Wahlentscheid, nachdem sie zwischenzeitlich an Bedeutung verloren hatte.

Und dann schießt Müller gegen Beat Jans, den SP-Bundesrat, der für Asyl zuständig ist. Wie es auch die SVP seit Jans' Amtsantritt tut. Die Leute in dessen Departement seien unbeweglich und würden den Parlamentswillen nicht umsetzen. «Sie verbringen ihre Zeit damit, jede Lösung abzulehnen, die eine Ausschaffung von Ausländern ermöglichen würde, die in der Schweiz keinen Schutz benötigen.» Dass die FDP die Vorstösse der SVP annehme, sei «das Ergebnis einer grossen Verärgerung über das Justizdepartement und das Staatssekretariat für Migration».

Zwischen humanitärer Tradition und Abschottung

Es ist nicht das erste Mal, dass die FDP sich an die SVP annähert. Schon die Freisinnige Elisabeth Kopp drängte vor ihrer Zeit im Bundesrat auf einen scharfen Kurs bei der Migration. Und nach den 90er-Jahren, die von ideologischem Hin und Her bei der FDP geprägt waren (und dem Aufstieg der SVP zur stärksten Partei der Schweiz), positionierte der damalige Präsident Fulvio Pelli die Partei zu Beginn der Nullerjahre neu und deutlich rechts der Mitte.

Damir Skenderovic, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg, sagt, für die FDP sei das Thema Migration seit den Schwarzenbach-Jahren ein Spagat. Zwischen Öffnung – zugunsten der Wirtschaft – und Skepsis. Zwischen humanitärer Tradition und Abschottung.

«Seit den 90er-Jahren treibt die SVP die anderen Parteien mit Initiativen vor sich her.» Aktuelles Beispiel: Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz». Verschärfungen im Asylrecht paare die SVP mit einer Verschärfung der Rhetorik – die von anderen bürgerlichen Parteien übernommen werde. An der Urne profitiere dann aber vor allem «das Original» – die SVP. «Probleme mit der Migration zu tabuisieren, wäre für die FDP kaum sinnvoll», so Skenderovic. Die Frage sei aber, welche Rhetorik sie nutze und welche Massnahmen sie fordere.

«Wir unterstützen, was wir richtig finden – egal, ob es von der SVP oder einer anderen Partei kommt», sagt Burkart. Es gehe darum, ein Anliegen der Bevölkerung aufzunehmen. Und: Die FDP werde auch wieder eigene Vorstösse zur Asylpolitik einreichen in der Herbstsession.

Ausserhalb der Partei wird die Kursverschärfung von Burkart kritisch gesehen. «Ich finde seinen Ton gegenüber Flüchtlingen erschreckend», sagt Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP. «Im Moment liefern sich SVP und FDP einen Wettbewerb darüber, wer die noch härteren Massnahmen gegen Ausländer fordert.»

Mitte-Präsident Pfister ist in einer speziellen Situation

Gerhard Pfister, Präsident der Mitte, hält das Vorgehen des Freisinns für etwas hilflos. «Kurz vor den Wahlen schnell ein paar Vorstösse einzureichen, hat der FDP ja auch nicht viel gebracht.» Und ihm ist neu, dass sich der Freisinn aktiv gegen Völkerrecht stelle. «Unser Ansatz ist ein anderer. Wir brauchen weniger neue Gesetze im Asylwesen. Sondern wir brauchen einen besseren Vollzug der geltenden Gesetze.»

Der Präsident der Mitte ist in einer speziellen Situation. Falls FDP und SVP grösstenteils Ja zu härteren Asylvorschriften sagen, dann braucht es für eine Mehrheit nur wenige Stimmen mehr. Etwa aus der Mitte.

Die Forderungen der FDP gehen über die drei SVP-Vorstösse hinaus. Sie werden in einem neuen Papier festgehalten, das an der nächsten Delegiertenversammlung im Oktober in Chiasso verabschiedet werden soll. In Chiasso, wo am Bahnhof jeden Tag Dutzende Migranten ankommen. An einem Ort, der zum

Sinnbild wurde für die Asyldebatte in der Schweiz. Wo sich Politikerinnen und Politiker – von SP bis SVP – gerne zeigen, wenn sie demonstrieren wollen: Wir schauen hin. Dort wird die FDP entscheiden, ob sie die Verschärfungen unterstützt – und damit der Asylpolitik in der Schweiz einen neuen Grundton gibt.

FDP-Präsident Thierry Burkart will einen neuen Kurs in der Migrationspolitik. Foto: Silas Zindel

«Kurz vor den Wahlen schnell ein paar Vorstösse einzureichen, hat der FDP ja auch nicht viel gebracht.»

Gerhard Pfister Präsident der Mitte-Partei